



Kai Wegner – der Ally aus der CDU als Regierender von Berlin

„Ich bin stolz, dass Berlin die Stadt der Vielfalt, Toleranz und des Respektes ist.“ Eine Aussage, die vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner oft zu hören ist. Mit ihm hat die Berliner LSBTIQ-Gemeinschaft einen der größten Unterstützer. Seit vielen Jahren ist Wegner ein Ally für queere Positionen und Themen

innerhalb und außerhalb der CDU.

In der Regierungspolitik hat der Wegner-geführte Senat im gemeinsamen Koalitionsvertrag der CDU und der SPD Berlin ganz bewusst einen Schwerpunkt auf queeres Leben in Berlin gesetzt. 300 Maßnahmen wurden in einem queeren Aktionsplan verabschiedet, der

Runde Tisch zur „Landesstrategie für queere Sicherheit“ etabliert und die Ansprechperson der Landesregierung Berlin für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt berufen.

Das Engagement für die Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz ist darüber hinaus feste Verabredung. Sie ist nicht nur ein rechtliches Update, sondern ein klares Signal an unsere Gesellschaft, dass wir alle Formen der Diskriminierung entschieden ablehnen. Realitäten anzuerkennen bedeutet jedoch auch, dass man sich bewusst ist, dass eine Grundgesetzänderung sehr wohl durchdacht sein muss.

Die über 1.000 Gewalttaten gegen queere Menschen in der Stadt im vergangenen Jahr mit einem Anstieg von 20 Prozent wird Kai Wegner nicht einfach so hinnehmen und sagt: „Diese Zahlen erschüttern mich. Wir müssen gemeinsam mehr für die Sicherheit in dieser Stadt tun“.

Packen wir es alle gemeinsam an.

Art. 3 GG ändern – sichtbares Zeichen für offene und tolerante Gesellschaft

Homophobe Übergriffe auf Schwule, Lesben und queere Menschen nehmen zu, auch im Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz. Der Bundestagsabgeordnete von Tempelhof-Schöneberg Dr. Jan-Marco Luczak setzt sich daher seit langem dafür ein, die sexuelle Identität als Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetzes ausdrücklich aufzunehmen: „Kein Mensch darf in unserem Land aufgrund seiner sexuellen Identität ausgegrenzt, verfolgt oder diskriminiert werden. Das muss auch in unserer Verfassung deutlich werden. Denn dort sind die unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung



prägenden Werte und Prinzipien niedergelegt.“ Die Ergänzung des Gleichheitsartikels wäre ein klares Bekenntnis zu einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, in der LGBTIQ selbstverständlich dazugehören und in der sie angst- und diskriminierungsfrei leben können, so Luczak.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts böte zwar bereits heute Schutz, mit der Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG würde dieser aber auch verfassungsrechtlich abgesichert: „Damit erteilen wir reaktionären Tendenzen und rechtspopulistischen Strömungen, die unsere Gesellschaft spalten wollen, eine klare Absage“, so

Rechtspolitiker Luczak. Auch mit Blick auf diejenigen Menschen, die aus ihrem kulturellen oder religiösen Hintergrund Schwule und Lesben nicht als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft akzeptieren wollen, sei ein solches Zeichen wichtig.



Regenbogenkiez sichtbar machen

Der CDU-Vorstoß, die BVG-Haltestellen am Nollendorfplatz um den Namenszusatz „Regenbogenkiez“ zu ergänzen, hat eine breite Mehrheit in der Juli-Bezirksverordnetenversammlung gefunden. Gewalt und Anfeindungen gegen queere Menschen sind leider auch in Schöneberg keine Seltenheit. Der Namenszusatz „Regenbogenkiez“ wäre daher ein sichtbares Signal für Vielfalt, Toleranz und Stolz auf die queere Tradition des Viertels. Nun ist die

BVG am Zuge. Wir hoffen, dass in einem ersten Schritt rasch ergänzende Hinweisschilder und Aufkleber möglich sein könnten. Ein Musterbild mit Regenbogenstreifen präsentierten Klaus Hackenschmied, Dr. Carsten Buchholz, Dr. Jan-Marco Luczak MdB und André Laurman-Urbanski. In einem zweiten Schritt soll eine Bezeichnungsmöglichkeit in den Fahrplänen vergleichbar mit dem U-Bahnhof Kochstraße „Checkpoint Charlie“ erfolgen.

Engagement für Vielfalt und Gleichberechtigung

Jetzt mitmachen! – René Powilleit, Mitgliederbeauftragter der LSU Berlin



Die LSU ist eine Interessenvertretung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen, sowie queeren Menschen (LSBTIQ+). Wir treten für christdemokratische und christsoziale Überzeugungen nach außen ein, wirken vor allem in die Unionsparteien, um das Bewusstsein für die Gleichberechtigung von LSBTIQ+ und deren Anliegen und Bedürfnisse hier zu schärfen. Die Mitgliedschaft bietet eine einzigartige Möglichkeit für LSBTIQ+-Personen und ihre Un-

terstützer innerhalb der CDU/CSU. Mitglieder können sich in einem Netzwerk engagieren, welches politische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement fördert. Die LSU bietet regelmäßige Veranstaltungen an, die sich mit LSBTIQ+-Themen befassen und Strategien zur Förderung von Toleranz entwickeln. Durch das Engagement wird zur Modernisierung der Unionsparteien beigetragen. Mitglieder haben die Möglichkeit, an politischen Prozessen teilzunehmen und die Positionen in Bezug auf LSBTIQ+-Rechte zu beeinflussen. Sie stärkt nicht nur die Rechte der LSBTIQ+-Gemeinschaft, sondern bereichert auch die Union durch diverse Perspektiven und Ideen. Unsere Mitglieder sind unsere Stärke. Die Mitgliedschaft steht allen offen, die diese Werte teilen.

In Vielfalt vereint

Sönke Alexander Siegmann,
Vorsitzender der LSU Deutschland



Die LSU stellt sich deutlich hinter den Christopher Street Day und den Pride Monat. Der CSD und der Pride Monat sind nicht nur Ausdruck einer lebendigen und vielfältigen Stadt, sondern auch ein notwendiges Zeichen der Sichtbarkeit und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Jährlich zieht der CSD hunderttausende Menschen an und ist zu einem der größten und buntesten Events weltweit geworden. Dies zeigt uns, wie wichtig es ist, dass Berlin als offene und tolerante Metropole ein klares Zeichen gegen Diskriminierung und für die Rechte der LSBTIQ+ Gemeinschaft setzt. Die LSU ist mit dabei, weil der CSD und der Pride-Monat das Engagement und die Solidarität mit denjenigen symbolisieren, die nach wie vor um Gleichberechtigung kämpfen müssen. Wir als LSU haben eine gute weitere Gelegenheit, um auf die noch bestehenden Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Es ist unsere Verantwortung als politische Kraft, dieses Engagements zu unterstützen und für ein Berlin einzutreten, in dem jeder Mensch unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder Identität frei und sicher leben kann.

Wir haben mit Kai Wegner einen starken Unterstützer und ich einen persönlichen Freund, der sich immer dafür einsetzt, Differenzen durch konstruktiven Dialog und aktive Maßnahmen zu überwinden.